Stadtvertretung Neubrandenburg

17. Februar 2015
Lip./Ch.

Niederschrift

über die 7. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 5. Februar 2015
(mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn:	15:00 Uhr		
Ende:	17:15 Uhr		
Unterbrechungen:	-		
Anwesenheit:	Soll:	42	**Mitglieder der Stadtvertretung**
	Ist:	37	**Mitglieder der Stadtvertretung**
		88,1	**%**
Entschuldigt fehlten:	Ratsherr **Albrecht** (SPD) Ratsfrau **Erb** (SPD) Ratsherr **Gille** (SPD) Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/Grüne_Piraten) Ratsherr **Dr. Lübbert** (SPD)		
Unentschuldigt fehlten:	-		

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:
Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister
Herr **Walter**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter

Entschuldigt:
Herr **Modemann**, 2. Stellvertreter

I. Eröffnung und Begrüßung

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, eröffnet die 7. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

Ratsfrau Bittkau (SPD) nimmt für Ratsherrn Dr. Lübbert (SPD) im Präsidium Platz.

II. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Fragen vonseiten der Einwohner.

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, erinnert an die vorab schriftlich eingereichte Anfrage der Familie Reimann zur Schließung der Erdgastankstelle in Neubrandenburg, die allen Mitgliedern der Stadtvertretung zugeleitet wurde. Eine Beantwortung durch die Verwaltung sei auf dem Weg.

Da es eine Anfrage an die Stadtvertreter war, sollten diese darauf reagieren.

Ratsfrau Parlow schließt die Einwohnerfragestunde.

III. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- **Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung**
- **Feststellung der Anwesenheit**

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, stellt die ordnungsmäßige Einladung fest (Postausgang 28. Januar 2015).
Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben (vgl. Anlage 1).

IV. Beschluss über die Niederschrift der 6. Sitzung der Stadtvertretung am 18. Dezember 2014

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich bestätigt.

V. Aussprache zum vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

VI/182 Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) bezieht sich auf den Punkt 2.3.1 Kontrollen zu Hundeangelegenheiten und informiert, dass er durch Bürger angesprochen wurde. Die Hundebesitzer seien nicht nur über die höhere Hundesteuer verärgert, sondern immer noch über zum Teil fehlende Mülltüten bzw. Behälter für Mülltüten und auch fehlende Mülleimer.

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, nimmt die Information zur Kenntnis.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

VI. Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Gemäß § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Stadtvertretung informiert die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, dass sich am 13. Januar 2015 die vier StadtvertreterInnen von Bündnis90/Die Grünen und der Piratenpartei (Ratsfrau Richter und die Ratsherren Dr. Kirchhefer, Mantseris und Schuldt) zur Fraktion **Bündnis90/Die Grünen_Piratenpartei** zusammengeschlossen haben.
Fraktionsvorsitzender ist Ratsherr Dr. Rainer Kirchhefer. Die Fraktionsgeschäftsführung übernimmt Ratsfrau Franziska Richter.
Ratsfrau **Parlow** gratuliert und wünscht der Fraktion viel Erfolg in der künftigen Arbeit.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) nimmt Bezug auf einen Artikel im Nordkurier „Wanderweg derzeit gesperrt" in dem zu lesen war, dass im Mühlenholz 60 Bäume gefällt werden und einige schräg über der Linde stehen und eine Gefahr darstellen.
Frage: Müssen wirklich 60 Bäume gefällt werden?

Bezugnehmend auf den Entwurf zum „Block 16" bittet er die Verwaltung, mit dem Investor Möglichkeiten zu prüfen, einen Architektenwettbewerb zur Gestaltung des neuen Einkaufstempels durchzuführen. Er bittet, im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss eine Antwort zu geben.

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, nimmt Bezug auf die Baumfällungen im Mühlenholz. Nach den jahrelangen Erfahrungen und den ständigen Diskussionen bei jedem Baum, der gefällt wird, gehe er davon aus, dass es ein festes Prozedere gebe, wie mit Baumfällungen umgegangen wird. Es könne davon ausgegangen werden, dass kein Baum in der Stadt gefällt wird, wenn es nicht absolut notwendig ist.

Nach Kenntnis von Herrn **Schwabe**, Betriebsleiter Städtisches Immobilienmanagement, handle es sich bei den Baumfällungen um eine Fläche des Stadtwaldes. Die fachliche Einschätzung zur Notwendigkeit derartiger Fällungen habe der Stadtförster vorgenommen. Er habe Vertrauen, dass der Stadtförster das, insbesondere unter den Schadensfällen, die in den letzten Monaten und Jahren zu verzeichnen waren, fachlich richtig einschätze.

Herr **Walter**, Beigeordneter, erklärt, dass allein im Rahmenplan der Innenstadt über „Block 16" gesprochen wird, das sei aber ein technischer Begriff. Wenn das Quartier gemeint ist, sei es das „Südliche Marktplatzquartier". Ein Architektenwettbewerb sei bereits Thema in seinem Zuständigkeitsbereich gewesen und werde noch mal im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss thematisiert, um sich abschließend zu verständigen. Wie bekannt, sei das Quartier nicht in städtischer Hand, aber die Stadt habe die Planungshoheit und wolle ein optimales Ergebnis für dieses Quartier erlangen.

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) bezieht sich auf eine Information aus dem Nordkurier, dass die Verwaltung darüber nachdenkt, einen städtebaulichen Vertrag mit dem Investor abzuschließen.
Fragen:
- Gibt es vonseiten des Investors schon Informationen dazu, in welchem Zeitraum er welche Schritte abgeschlossen haben möchte?
- Wieviel Zeit haben wir für einen solchen Vertrag?
- Inwieweit können wir unsere eigene Öffentlichkeit dazu hören? Es werde irgendwann der Punkt einer öffentlichen Darstellung der Pläne benötigt.

Dem Investor sei sehr deutlich gemacht worden, dass es der Verwaltung auf eine passende gesamtstädtebauliche Lösung ankomme, die sich sowohl funktional einordnet, als auch von der städtebaulichen Anmutung dazu passt, informiert Herr **Dr. Krüger**. Es gebe nur begrenzte Möglichkeiten Einfluss zu nehmen. Die Investoren hätten es nach dem Erwerb sehr eilig und wollen im Jahr 2016 anfangen zu bauen. Bezüglich der Fassade habe die Verwaltung nur begrenzte Möglichkeiten. Ein Vergleich mit anderen Gebäuden (an anderen Orten), die dieselbe Gesellschaft gebaut hat, sei von der Anmutung eher positiv. Die Funktionalität sei ganz gut gewährleitet. Es sei von Anfang an darauf hingewiesen worden, dass es der Verwaltung darauf ankomme, wieder möglichst schnell ein Hotel in der Innenstadt zu haben und quasi (obwohl die Verwaltung das nicht 100 % in der Hand hat) die Bedingung aufgestellt worden, dass ein Hotel mindestens im gleichen Zuge zu realisieren sei, wie die Bebauung dieses Blockbereiches 16. In der Diskussion sei man zu dem Ergebnis gekommen, das Hotel am Standort Glinekestraße zu realisieren, weil es auch aus Sicht der Betreiber sehr viel wirtschaftlicher zu betreiben sein wird, als an dem ursprünglich vorgesehenen Standort. Es sei von Anfang an sehr großer Wert darauf gelegt worden, dass auch die Anmutung aus Sicht der Konzertkirche dem Charakter dieses Areals entsprechend sein sollte. Wenngleich es dort noch einen offiziellen städtebaulichen Missstand mit dem Hochhaus in der Waagestraße gibt. Dieses abzureißen und neu aufzubauen, würde Millionen kosten. Deshalb sei bisher davon Abstand genommen worden. Das mache auch deutlich, dass wirtschaftliche Kriterien immer eine große Rolle spielen.
Wenn das alte Konzept durchgesetzt und das Hotel innerhalb des südlichen Marktquartieres gebaut würde, dann hätte erst abgerissen und neu vorbereitet und gebaut werden müssen. In jedem Fall wäre der Zeitverzug dort größer als der, wenn an einem anderen Standort das Hotel aufgebaut wird. Es sei wahrscheinlich nicht möglich den Investor zu zwingen, einen Wettbewerb auszuloben. Wenn ein Wettbewerb durchgeführt würde, gehe auch viel Zeit verloren. Die äußere Gestaltung dieses Bereiches sollte sehr genau beobachtet und mit dem Investor in enger Abstimmung mit der Verwaltung diskutiert werden. Das sei ein erfolgversprechender Weg. Er rät, dieses Projekt gemeinsam mit der Stadtvertretung in sehr enger Abstimmung mit dem Investor zu begleiten.

Ratsherr **Münzberger** (SPD) verweist darauf, dass die Fahrbahnmarkierung im Bereich der Sponholzer Straße in Richtung Woldegk/Prenzlau kaum noch sichtbar sei. Außerdem sei die Markierung der Ausfahrt direkt in die Oststadt noch nicht geändert worden. Er bittet das zu überprüfen bzw. darauf Einfluss zu nehmen.

Herr **Dr. Krüger** bittet die anwesenden Kollegen das aufzunehmen, auch wenn die Stadt nicht unmittelbar zuständig sei. Bei den derzeitigen Witterungsbedingungen sei es aber schwierig Fahrbahnmarkierungen aufzubringen.

Ratsherr **Richter** (DIE LINKE) bekräftigt die Hinweise von Ratsherrn Münzberger.

Ratsherr **Mantseris** (B90/Grüne_Piraten) bezieht sich auf die zur nächsten Sitzung der Stadtvertretung angekündigte Vorlage zur Theater und Orchester GmbH zum neuen Strukturmodell. Es bestehe ein zeitlich hoher Druck und mehrere Modelle stehen zur Diskussion. Um eine sinnvolle Entscheidung treffen zu können bittet die Fraktion B90/Grüne_Piraten darum, dass die Begründung auch eine Abwägung umfasst. Die Fraktion interessiere auch, warum neben dem zur Entscheidung stehenden Modell andere Ideen verworfen wurden. Außerdem möchte die Fraktion wissen, welche spezifischen Neubrandenburger Interessen aktiv berücksichtigt werden konnten und welche Forderungen aus Neubrandenburger Sicht verworfen werden mussten.

Die Verwaltung nimmt das zur Kenntnis, stellt Ratsfrau **Parlow** fest. Sie regt an, direkt mit dem Ausschussvorsitzenden Kontakt aufzunehmen, wenn die Einladung zur Ausschusssitzung ansteht.

VII. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur Einladung und der öffentlichen Bekanntmachung gibt es folgende Änderungen:

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, bittet <u>jeweils 1 Änderungsblatt</u> nachzutragen zum

TOP 3	**VI/147**	Änderung Entgeltordnung Tiefgarage Marktplatz
TOP 4	**VI/166**	Straßenbaubeitragssatzung
TOP 6	**VI/175**	Vertragliche Übertragung von Aufgaben eines Aufgabenträgers nach § 3 Abs. 4 ÖPNVG M-V und Vorabbekanntmachung einer geplanten Direktvergabe von öffentlichen Personenbeförderungsdienstleistungen an die Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH
TOP 9	**VI/141**	Rahmenplan Innenstadt

Außerdem wird <u>Rederecht</u> beantragt zum

TOP 6	**VI/175**	Vertragliche Übertragung von Aufgaben eines Aufgabenträgers nach § 3 Abs. 4 ÖPNVG M-V und Vorabbekanntmachung einer geplanten Direktvergabe von öffentlichen Personenbeförderungsdienstleistungen an die Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH

für Herrn **Hanson** (Geschäftsführer der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH) und Herrn **Schobert** (Geschäftsführer der Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH).

Des Weiteren schlägt sie vor, die TOP **1 und 2** (Haushalt 2015), **7 und 8** (B-Plan Nr. 3 „Neustrelitzer Straße/Badeweg") sowie **16 und 17** (B-Plan Nr. 74.4 „Demminer Straße") in <u>verbundener Aussprache</u>

zu behandeln.

Abstimmung über den Antrag auf Rederecht: Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmung über die Tagesordnung: Die Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

VIII. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

Die Tagesordnungspunkte 1 und 2 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 1 **VI/152**
1. Lesung

Doppischer Haushaltsplan 2015
Band 1 Haushaltssatzung und Anlagen
Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt
Band 2 Stellenplan
Band 3 Wirtschaftliche Unternehmen
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Betriebsausschuss:	einstimmig dafür
Finanzausschuss:	keine Abstimmung
Kulturausschuss:	keine Abstimmung
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss:	keine Abstimmung
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport:	keine Abstimmung

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, präsentiert und erläutert anhand von Grafiken den Haushaltsplan der Stadt Neubrandenburg 2015 (*Die Präsentation wurde den Ratsfrauen und Ratsherren am 6. Februar 2015 zur Verfügung gestellt).*

Bild 1 – Entwicklung des Haushalts
Es sei versucht worden darzustellen, wie sich der Haushalt sowohl im Ergebnishaushalt als auch im Finanzhaushalt von 2014 auf 2015 verändert hat. Im Finanzhaushalt sei ein Überschuss von 3,2 Mio. EUR erzielt worden, damit sei das Ist im Jahr 2014 sehr viel besser als in der Planung. Der Überschuss von 2,2 Mio. EUR im Finanzhaushalt werde benötigt, um Kredite zu tilgen. Sodass in diesem Jahr schon in der 1. Lesung ein ausgeglichener Finanzhaushalt vorgelegt werden könne. Aus aktuellen Entwicklungen heraus werde es bis zur 2. Lesung noch kleine Veränderungen geben, die zu diskutieren sein werden. Insgesamt werde jedoch davon ausgegangen, dass am 26. März ein ausgeglichener Finanzhaushalt verabschiedet werden kann. Der Ergebnishaushalt werde im Gegensatz zum Vorjahr ein leichtes Defizit von 2,9 Mio. EUR ausweisen.

Bild 2 – Wesentliche Veränderungen Finanzhaushalt 2015 zu 2014
Verschlechterungen gebe es insbesondere beim Zuschuss SIM. Im letzten Jahr gab es dort Zuschüsse in Höhe von 1,9 Mio. EUR (Kranichschule im Ergebnis der Landkreisneuordnung und Erlöse aus dem Verkauf der Stadtwirtschaft), die es in diesem Jahr nicht mehr gibt.
Zu den weiteren Verschlechterungen zählen eine höhere Kreisumlage, höhere Umlagen an den Versorgungsverband und die Mieten der Regionalen Schulen, namentlich der Neubau der Regionalschule Ost.
Dagegen stehen Verbesserungen fast nur im steuerlichen Bereich bzw. bei Schlüsselzuweisungen.

Bild 3 – Wesentliche Veränderungen Ergebnishaushalt 2015 zu 2014
Im letzten Jahr sei ein um 3,1 Mio. EUR höheres Verkaufsergebnis bei der Veräußerung der OVVD erzielt worden, als in der bilanziellen Bewertung aufgeführt. Daraus ergibt sich die Verschlechterung um 3,1 Mio. EUR in diesem Jahr.

Bild 4 – Plan 2015 – Ein- und Auszahlungen
Der Hauptblock seien die Steuereinnahmen mit 56,6 Mio. EUR. Weiter gibt es einen Block FAG-Zuweisungen/Soforthilfe mit 23 Mio. EUR. Diese 23 Mio. EUR (schraffiert) bekomme die Stadt allerdings nicht, da eine Kreisumlage von 25,6 Mio. EUR zu zahlen ist, sie liege damit schon 2,6 Mio. EUR höher als die Zuweisung vom Land. D. h. die FAG-Zuweisungen/Soforthilfe fallen effektiv heraus. Die Durchlaufposten von 19,2 Mio. EUR werden im Haushalt nicht wirksam. Damit gebe es effektiv nur 67,4 Mio. EUR Einzahlungen, wobei die Steuern davon 84 % ausmachen. Der städtische Haushalt lebe im Wesentlichen von den Steuereinnahmen.
2,8 Mio. EUR der insgesamt 14 Mio. EUR freiwilligen Leistungen seien Personalauszahlungen. Ähnlich sei es mit den immobilienbezogenen Leistungen, die insgesamt 10,9 Mio. EUR ausmachen, davon seien allein 5,2 Mio. EUR den freiwilligen Leistungen zuzuordnen. D. h. Immobilien, die zur Realisierung von freiwilligen Leistungen genutzt werden.

Bild 5 – Entwicklung der Steuereinzahlungen in Neubrandenburg
Zu den sonstigen Steuern, die über die Jahre kaum große Entwicklungen zu verzeichnen haben, gehöre auch die Hundesteuer.
Die gute Entwicklung bei den Gewerbesteuern resultiere daraus, dass es in der Stadt eine enorm gute wirtschaftliche Entwicklung gibt, die sich indirekt in den Einkommensteuern niederschlage. Aber es mussten auch die Steuerhebesätze erhöht werden, was seiner Meinung entgegenstehe. Andererseits habe er auch viel Verständnis dafür, dass die Stadtvertretung immer gesagt habe, dass das zu tun sei, weil uns das FAG quasi dazu zwinge. Es werde darauf geachtet, dass die Steuersätze gerade so am Durchschnitt liegen, um das Optimum an FAG-Zuweisungen zu erhalten. In den letzten 7 Jahren gab es eine Steigerung auf der Einzahlungsseite von 17,2 Mio. EUR, ohne die die Stadt sehr viel schlechter dastehen würde. Die Steuern seien um 43,5 % gesteigert worden. Neubrandenburg sei die steuerstärkste Kommune unter allen großen Kommunen. Die Entwicklung der Stadt hänge im ganz hohen Maße von der Erwirtschaftung von Steuern ab. Das solle die Grafik noch mal deutlich darstellen.

Bild 6 – Steuereinnahmen der großen kreisangehörigen Städte pro Einwohner
Neubrandenburg könne sich im Vergleich zu den anderen großen kreisangehörigen Städten sehr gut sehen lassen.

Bild 7 – Entwicklung der Schlüsselzuweisungen der großen kreisangehörigen Städte pro Einwohner
Die Folge der hohen Steuereinnahmen sei, dass Neubrandenburg historisch immer die niedrigsten Schlüsselzuweisungen erhält und deutlich schlechter gestellt werde als die anderen vergleichbaren Kommunen. Deshalb müsse es bei einer Novelle des FAG Bestreben sein, dass in der Relation die wirtschaftlich starken Kommunen nicht dafür bestraft werden.

Bild 8 – steuerkraftabhängige Schlüsselzuweisungen 2015 der großen kreisangehörigen Städte absolut sowie unter Annahme einer identischen Einwohnerzahl
Wismar als relativ kleine Kommune habe fast die gleiche Schlüsselzuweisung wie Neubrandenburg und würde, bei einer Einwohnerzahl wie Neubrandenburg, 3,4 Mio. EUR mehr erhalten. Das, was Neubrandenburg stärker sei bei der Steuerkraft, werde wieder weggenommen dadurch, dass im Finanzausgleich sehr viel weniger Geld fließt.

Bild 9 – Erforderlicher Eigenfinanzierungsanteil an der kommunalen Aufgabenlast
Alle großen kreisangehörigen Städte, außer Neubrandenburg, bekommen deutlich mehr Konsumtive FAG-Zuweisungen, als sie Kreisumlage zu zahlen haben.

Bild 10 – Auszahlungen für freiwillige Leistungen
Allein die ersten sechs Ausgabenblöcke machen zusammen 11,5 Mio. EUR (82 % aller freiwilligen Leistungen) aus.
U. a. 2,6 Mio. EUR Förderung allgemeiner Sport und 1,2 Mio. EUR. Förderung Leistungssport. Es müsse sich als Stadt die Frage gestellt werden, können oder wollen wir auf Dauer 1,2 Mio. EUR für den Leistungssport noch leisten. Wobei auch da ausschließlich Immobilien dahinter stecken. Prüfen müsse man, ob die Immobilien stärker für den allgemeinen oder Breitensport genutzt werden können.
Die Förderung der Theater und Orchester GmbH müsse im Zuge der neuen Theater und Orchester Strukturreform um 400 TEUR erhöht werden, egal welches Modell vorgeschlagen wird.

Bild 11 – Immobilienbezogene Auszahlungen
Die Darstellung soll Möglichkeiten aufzeigen, sich in der näheren Betrachtung bei der Haushaltsdiskussion zu orientieren.

Bild 12 – Ein- und Auszahlungen Wirtschaftliche Unternehmen 2015
Im Bereich der wirtschaftlichen Unternehmen werde zurzeit ein hohes Defizit produziert. Einzig die Stadtwerke seien in der Planung ein positiver Lichtblick mit einer Ausschüttung in Höhe von 3,7 Mio. EUR. Weiter seien 582,7 TEUR dargestellt und betreffen indirekte Leistungen, die für den ÖPNV in Anspruch genommen werden, wovon vom Kreis ein Großteil zurückkomme.
Der größte Block im negativen Bereich liege im Zuschuss SIM einschl. Kapitaldienst. Das sei eine reine Ausgabeposition, die der Erhaltung der Substanz der Straßen, vieler Immobilien und Objekte in der Stadt dient. Bei Vergleichen mit anderen Städten werde festgestellt, dass Neubrandenburg dort sehr gut liege.
Auch im interkommunalen Vergleich bezüglich der Stadtbeleuchtung (1,5 Mio. EUR) stehe Neubrandenburg schon jetzt sehr gut da. Neubrandenburg habe keinen Anspruch mehr auf Förderung für LED, weil in der Relation dessen, was erreicht werden könne, zu geringe Effekte durch den Einsatz von mehr LED erreicht werden. Trotzdem sei das vorgesehen und ein Konzept entwickelt worden.
Dieser Chart sei besonders interessant für die weitere Betrachtung des Haushalts.

Bild 13 – Entwicklung Personal- und Versorgungsauszahlungen und Stellen Kernhaushalt 2008 – 2015
Von 2008 bis heute erfolgte eine Reduzierung der Stellen auf 43,1 % (301 Stellen) und der Personalauszahlungen auf 20 % (6,1 Mio. EUR). Mit der Kreisgebietsreform konnte erheblich Personal abgebaut werden (200 Stellen).

Bild 14 – Vergleich Stellenpläne 2014 der Verwaltungen großer kreisangehöriger Städte M-V
Neubrandenburg liege weit unter dem Durchschnitt und sei die einzige Stadt, die 2005 das Immobilienmanagement gebildet und alle Immobilienleistungen in einen Eigenbetrieb gegeben habe. Das hätten die anderen Städte auch getan. Aber es sei nicht klar, wie groß der Anteil ist und deshalb sei es sehr schwer sich zu vergleichen. Auch ohne die Immobilienbewirtschaftung, die fast 1/3 des gesamten Personalbestandes ausmache, liege Neubrandenburg unter den Werten der anderen vergleichbaren Städte. Das zeige, dass Neubrandenburg schon sehr weit ist und mittlerweile eine sehr schlanke Verwaltung habe. Viel Kostensenkungspotential sei nicht mehr vorhanden.

Bild 15 – Fazit
Im aktuellen Haushalt sei im Finanzhaushalt im Gegensatz zum Ergebnishaushalt ein Haushaltsausgleich erreicht worden. Da bei der Betrachtung des Innenministeriums der Finanzhaushalt maßgeblich sei, könne insofern mit einem guten Gefühl in die Haushaltsdiskussion gegangen werden.
Neubrandenburg habe seit Jahren die beste Steuerkraft aller großen kreisangehörigen Städte in M-V und die geringsten Schlüsselzuweisungen pro Einwohner aller großen kreisangehörigen Städte. Außerdem habe Neubrandenburg sehr geringe konsumtive FAG-Zuweisungen, die nicht ausreichen, um die Kreisumlage vollständig zu finanzieren. 3,2 Mio. EUR müssen durch eigene Einzahlungen finanziert werden. Innerhalb der letzten Jahre sei ein stringenter Personalabbau vollzogen worden, sodass Neubrandenburg mit Abstand die geringsten Vollzeitäquivalente pro Einwohner aller großen kreisangehörigen Städte in M-V habe.
Ziel sei die Erwirtschaftung von deutlichen Überschüssen durch konsequente Haushaltskonsolidierung und Schuldentilgung. Neubrandenburg sei darauf angewiesen, Unterstützung durch das Land zu erhalten, denn der Schuldenaufbau sei seinerzeit dadurch zustande gekommen, dass Land und Bund Aufgaben im Sozial- und Jugendhilfebereich übertragen haben, die wir nicht (auch mit noch so hoher Leistungsfähigkeit) hätten eigenfinanzieren können.
Er sehe die Hauptaufgabe darin, auch weiter daran zu arbeiten, die Einzahlungssituation zu verbessern, d. h. weiter durch Wirtschaftswachstum in der Stadt und durch höhere Steuereinnahmen eine gute Basis für einen Haushalt zu haben. Sowohl, was die Wirtschaft als auch die Einwohnerentwicklung angeht. Außerdem müsse sich bei der Senkung von Auszahlungen auf Schwerpunkte konzentriert werden.

Herr **Dr. Krüger** bedankt sich bei allen, die am Haushalt mitgearbeitet haben. Insbesondere bei den Mitarbeitern der Verwaltung, namentlich Frau Schad und Frau Piotrowski, sowie bei allen Fachbereichen. Das alles sei neben einer Haushaltssperre zum alten Haushalt und allen anderen zu erledigenden Aufgaben zu realisieren gewesen.
Weiter bedankt er sich für die bisherige Mitarbeit der Stadtvertretung. Er wünsche sich, dass es gelingt, in der zweiten Lesung einen guten Haushalt vorzulegen, der eine gute Basis für die Zukunft geben wird.

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, bedankt sich im Namen der Stadtvertretung ebenso bei den Mitarbeitern der Verwaltung und beim Oberbürgermeister für dessen Ausführungen.

Der Vortrag des Oberbürgermeisters, für den Ratsherr **Nötzel** (fraktionslos) sich bedanke, habe eine Menge an Transparenz in die Zusammenhänge gebracht.

1. Der Oberbürgermeister sprach von 301 abgebauten Stellen. Das sei bezogen auf den Kernhaushalt korrekt. Aber es sollte allen bewusst sein, dass das keine effektiven 301 Stellen waren. Ein Teil dieser Stellen sei in das Städtische Immobilienmanagement übergewechselt und in der Übersicht nicht dargestellt worden.
2. Die Gewichtung der Gewerbesteuern bei der Schlüsselzuweisung sei ein sehr kritischer und von der Stadtvertretung schon oft angeprangerter Faktor.
   Frage: Hat es in der letzten Zeit ein Gespräch auf Oberbürgermeisterebene gegeben, wo über Strategien nachgedacht wurde, diesem Plan des Innenministeriums einen Riegel vorzuschieben?
3. Neubrandenburg erfülle eine ganze Reihe von regionalen Aufgaben, gerade im Kultur- und Sportbereich. Statt das als Stadt direkt zu bezuschussen, könnte eine höhere Kreisumlage gezahlt werden, wenn sie alle anderen im Kreis auch bezahlen.
   Frage: Ist darüber schon mal gesprochen worden?

In den letzten 2 – 3 Jahren habe sich der Haushalt in die richtige Richtung bewegt, stellt Ratsherr **Schwanke** (CDU) fest. Bezugnehmend auf die Gewerbesteuer mache er jedoch klar, dass es keinen Stadtvertreter gibt, der nur annähernd für die Gewerbesteuererhöhung ist. Aber es sei Aufgabe, den Haushalt auszugleichen und deswegen sei beschlossen worden, die Grundsteuer zu erhöhen, die Bürger zu belasten. Das werde nicht aus Spaß gemacht. Die Steuern mussten erhöht werden, um an den Durchschnitt des Landes zu kommen. Der Oberbürgermeister könne sich nicht davon freisprechen. Stadtvertretung und Stadtverwaltung tragen zusammen die Verantwortung dafür.

Von den 301 Stellen, die seit 2008 reduziert wurden, seien etwa 100 Stellen effektiv in der Kernverwaltung abgebaut worden, antwortet Herr **Dr. Krüger,** bezogen auf die Anmerkung von Ratsherrn Nötzel. Ca. 200 Stellen seien an den Kreis gegangen. Das SIM sei in der Betrachtung nicht berücksichtigt. Als seinerzeit das SIM gebildet wurde, sei mit bestimmten Personaleinsparungen gerechnet worden, die deutlich übertroffen wurden. D. h. auch im SIM seien erhebliche Personalreduzierungen geleistet worden.
Im Finanzausgleich gebe es einen Mechanismus, der alle Städte fast dazu zwingt, die Hebesätze anzuheben. Wenn sie unter dem Durchschnitt liegen, werden sehr viel weniger Schlüsselzuweisungen gezahlt. Er persönlich neige dazu, trotzdem, obwohl das finanzpolitisch zunächst nicht logisch erscheint, die Hebesätze nicht anzuheben, weil es eine ganz enorme Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung gibt. Er habe das im Rahmen seiner Tätigkeit, insbesondere im Städte- und Gemeindetag und auch in öffentlichen Foren, immer wieder angesprochen. Das sei bisher auf taube Ohren gestoßen und er hoffe, dass es im Zuge der weiteren Diskussion zur FAG-Novelle eine Rolle spielt. Wenn der Mechanismus so beibehalten wird, treibe uns das automatisch in eine Region, die für die Wirtschaft am Ende nicht mehr attraktiv sein wird. Auch aus dieser Erwägung heraus habe er immer große Bauchschmerzen dabei. Nachbarregionen, die nicht erhöhen, werden am Ende eher Unternehmen ansiedeln können als Neubrandenburg. Das Problem liege auf der Ebene, wo der Finanzausgleich gestaltet wird.
Es gab und gibt immer wieder Diskussionen darüber, wie die Leistungen, die das Zentrum Neubrandenburg, aber auch andere Zentren für das Umland leisten, besser kompensiert werden können. Das erfolge jetzt auch über den Finanzausgleich. Nachdem vor der letzten FAG-Novelle intensiv darüber diskutiert wurde, dass die Stellschrauben, die dazu möglich sind, in positive Richtungen gedreht werden, habe man es genau umgekehrt gemacht. Der Landtag in Schwerin bestehe zu 2/3 aus Mitgliedern vom flachen Land und diese verstünden es immer wieder das FAG so zu beeinflussen, dass das Geld eher in die schwächeren, ländlichen Regionen kanalisiert wird, als in die Städte. Es gab den Ansatz, die Stadt-Umland-Umlage einzuführen, die vor zwei Jahren gerichtlich gekippt worden sei. Das Geld, was Neubrandenburg bekam (3 Jahre, ca. 500 TEUR pro Jahr) habe das Land für uns ausgeglichen. Diese 500 TEUR kompensieren nur in etwa den Anteil, den Neubrandenburg für das städtische Umland im Bereich Sportstättenförderung leistet. Denn gut 20 % aller Mitglieder in Sportvereinen der Stadt Neubrandenburg kommen aus dem Umland. Alle anderen Leistungen, die Neubrandenburg tätigt, bekomme Neubrandenburg nicht kompensiert.
Seinerzeit habe er mit dem ehemaligen Geschäftsführer Herrn Schwandt ein Solidarmodell entwickelt, wie Theater- und Orchesterfinanzierung durch alle Kommunen finanziert werden könnte. Mit diesem Rechenmodell hätte ganz genau ausgerechnet werden können, wie viel jeder hätte zahlen müssen, wenn es gerecht verteilt wird. Das Modell gebe es noch und er denkt, dass keiner aus dem flachen Lande bewegt werden könnte, sich daran zu beteiligen. Die Kulturentwicklung sei immer von den Städten ausgegangen.

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) richtet einen Prüfauftrag und eine Bitte an die Verwaltung:

- Werden mit dem vorgelegten Haushalt die Kriterien erfüllt, um in den Genuss des Konsolidierungsfonds zu kommen?

- Außerdem bezieht er sich auf die Enttabuisierung der Einrichtungen für den Spitzensport und Öffnung für den Allgemeinsport. Es müsste geprüft werden, ob mit Blick auf die Förderrichtlinien (Jahnsportforum) so eine allgemeine Nutzung zielführend aus Sicht des Fördergedankens ist. Bevor den Sportvereinen Hoffnungen gemacht werden, sollte kalkuliert werden, was eine Sportstunde in einem Zentrum für Spitzensport kosten würde.

Er bittet diese Informationen bis zur 2. Lesung vorzubereiten.

Bezogen auf die Gewerbesteuer regt er an darauf zu achten, dass das Geld auch wieder in die Richtung investiert wird, dass die Wirtschaft weiter wächst, nicht nur in Gewerbegebiete. Er würde auch Investitionen in die TOG und in den Sport als Investition in weiche Standortfaktoren bezeichnen. Er sei sehr skeptisch, dass sich der Landkreis mit einem höheren Anteil beteiligt beziehungsweise Neubrandenburg weniger Umlage zahlen muss. Der Landkreis betreibe seine eigene Haushaltskonsolidierung gemessen an seinen Pflichtaufgaben und werde sich gerade in solchen Investmentposten, die in der Fläche liegen und für ihn keine Pflichtaufgabe sind, herausziehen. Neubrandenburg wolle nicht abhängig vom Landkreis werden. Es sollten nicht alle Dinge an den Kreis übergeben werden, damit Neubrandenburg weiterhin Einfluss hat.

Herr **Dr. Krüger** nehme die beiden Prüfaufträge mit.
Die Notwendigkeit des Erhalts weicher Standortfaktoren unterstreiche er, fürchte aber, dass es, wenn der beratende Beauftragte kommt, ein Diktat von Reduzierungen geben wird, die an der Stelle möglicherweise auch zu negativen Wirkungen führen und die Wirtschaft (unsere stabilste Säule und Basis für unsere Haushaltskonsolidierung) am Ende nachhaltig negativ beeinflussen könnten.
Es müsse sich an die Vereinbarungen, die seinerzeit im Rahmen der Förderbedingungen vereinbart wurden, gehalten werden. Es werde seit längerer Zeit geprüft, inwieweit es möglich sei, solche Sportstätten, ohne den Leistungssport zu beeinträchtigen, mit zu nutzen. Neubrandenburg habe ein sehr gutes Sportstättenangebot. Aber nicht jede Sportstätte könne erhalten und nicht immer weiter neue Sportstätten gebaut werden. Wie die vorhandene Infrastruktur noch besser genutzt werden kann, dafür sind Mechanismen erforderlich und da dürfen Leistungssportstätten nicht tabu sein.

TOP 2 **VI/151** Doppischer Haushaltsplan 2015
1. Lesung Band 4 Städtebauliches Sondervermögen
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss:	keine Abstimmung
Finanzausschuss:	keine Abstimmung

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht, damit sind die Vorlagen zum Doppischen Haushaltsplan 2015 zur 2. Lesung in die Sitzung der Stadtvertretung am 26.03.15 verwiesen.

TOP 3 **VI/147** 2. Änderung zur Entgeltordnung für die Tiefgarage Marktplatz
1 Änderungsblatt Neubrandenburg, Beschluss-Nr. 655/42/08
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Betriebsausschuss: einstimmig dafür

Die Frage von Ratsherrn **Nötzel** (fraktionslos), ob das Änderungsblatt auf einer Abspra-

che unter den großen Fraktionen basiere, beantwortet Herr **Schwabe**, Betriebsleiter Städtisches Immobilienmanagement. Der ursprüngliche Ansatz, das in 1. und 2. Lesung zu behandeln, sei ein falscher Ansatz gewesen, da es sich um eine Entgeltordnung und nicht um eine Satzung handelt.

Ratsherr **Nötzel** empfiehlt den Fraktionen, sich noch mal etwas Zeit mit der Bewertung dieser Vorlage zu nehmen, da diese erhebliche Risiken, Neben- und Wechselwirkungen auf das Innenstadtgeschehen habe.

- Er habe Zweifel, ob der Auslastungsgrad, den es heute in der Tiefgarage gibt, dann auch erreicht wird.
- Es werden Parksuchverkehre innerhalb der Innenstadt von der Tiefgarage wieder in den oberirdischen Bereich verschoben.
- Es bestehe ein Wettbewerb mit der Marktplatztiefgarage (Center). Der Abstand der Parkgebühren werde deutlich vergrößert. Er wisse nicht, ob es im Sinne der Stadt sei, einem privaten Parkplatzanbieter in der Innenstadt die Kunden zuzuführen.

Er werbe dafür, die Vorlage heute noch nicht zu beschließen, um auch in der Öffentlichkeit darüber zu sprechen, was das für Auswirkungen habe.

Die Risiken und Nebenwirkungen seien versucht worden abzuwägen, teilt Herr **Schwabe** mit. Das Ergebnis dessen sei im Teil finanzielle Auswirkungen zu finden. Es sei sehr vorsichtig, auch in Anbetracht der vorliegenden Statistiken, gerechnet worden. Aus den Statistiken resultiere die Tatsache, dass sich von dieser Erhöhung entsprechende Mehreinnahmen versprochen werden.
Ein Parksuchverkehr außerhalb der Tiefgarage werde damit nicht provoziert. Momentan sei das Parken in der Tiefgarage günstiger als außerhalb der Tiefgarage in der Innenstadt. Wenn es nun einen einheitlichen Tarif gibt, dann werde niemand aus Kostengründen die Tiefgarage meiden.
Das Klientel, das mit der städtischen Tiefgarage angesprochen wird, sei ein anderes als das, dass das ECE anspreche. Das ECE biete günstige Konditionen für Kurzparker. Je längerfristig man im ECE parkt, werde die städtische Tiefgarage ab einem bestimmten Punkt günstiger. Die Belegungszahlen, die erkennen lassen, wie lange dort jemand parkt und welchen Bedarf es an Langzeitparkern gibt, seien in die Überlegungen eingeflossen. Die Darstellung in der Presse sei nicht ganz richtig gewesen. Die Preise werden nicht einfach verdoppelt. Sondern im Gegensatz zu der stündlichen Abrechnung werde nun eine halbstündliche Abrechnung eingeführt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: 110/07/15

TOP 4 **VI/166**
1. u. 2. Lesung
1 Änderungsblatt

Satzung der Stadt Neubrandenburg über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Neubrandenburg (Straßenbaubeitragssatzung)
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:
Betriebsausschuss: einstimmig dafür
Finanzausschuss: 8 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 33 Dafürstimmen und 4 Stimmenthaltungen bestätigt.

Beschlussnummer: 111/07/15

TOP 5 **VI/145** Teilnahme von Vertretern der Stadt Neubrandenburg an der 38. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: 112/07/15

TOP 6 **VI/175** 1 Änderungsblatt Vertragliche Übertragung von Aufgaben eines Aufgabenträgers nach § 3 Absatz 4 ÖPNVG M-V und Vorabbekanntmachung einer geplanten Direktvergabe von öffentlichen Personenbeförderungsdienstleistungen an die Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) bittet darum, dass die beiden anwesenden Vertreter der Stadtwerke die Vorlage aus ihrer Sicht qualifizieren. Außerdem bedankt er sich bei der Verwaltung, insbesondere auch beim Rechtsamt, für die geführten Verhandlungen mit dem Landkreis. Es sei ein sehr gutes Ergebnis mit Blick auf die Wirkung des ÖPNV in Neubrandenburg erzielt worden.
Frage: Lässt der Vertrag es zu, sich schon jetzt darüber zu unterhalten, dass eine ordentliche Bushaltestelle an die Hochstraße (Sozialamt) kommt?

Die Frage, ob mit der Vorlage auch die fachlichen und wirtschaftlichen Dinge der Neubrandenburger Stadtwerke bzw. der Verkehrsbetriebe eingeflossen sind, bestätigt Herr **Hanson**, Geschäftsführer der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH. Sie hatten überwiegend die Rolle eines Mediators. Das Fachliche habe zwischen der Stadtverwaltung und dem Landkreis stattgefunden. Bezüglich der Frage, ob an der Hochstraße (Jobcenter) eine Möglichkeit geschaffen werden könnte, eine Bushaltestelle einzurichten, informiert er, dass dem Landkreis eine Interimslösung angeboten wird. In den Linienverkehr passe es aber nicht.

Ratsherr **Mantseris** (B90/Grüne_Piraten) nimmt Bezug auf das Änderungsblatt und bittet inhaltlich darauf einzugehen, da es ihm nicht möglich war, dieses zu lesen.

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, informiert, dass das Änderungsblatt am 30. Januar unterschrieben wurde und den Fraktionen Anfang dieser Woche vorlag. Den Inhalt vorzutragen sei sehr umfangreich, da es der überarbeitete Vertrag sei, der angeheftet ist.

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, teilt mit, dass keine wesentlichen inhaltlichen Veränderungen gegenüber der ursprünglichen Vorlage vorgenommen wurden. Er hatte im Hauptausschuss angekündigt, dass es in der rechtlich präzisen Formulierung Klärungsbedarf gab. Letzten Freitag sei die abschließende Einigung erfolgt und Montag sei das Änderungsblatt verteilt worden.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) informiert, dass der Kreistag erst am 30. März tagt und er hoffe nicht, dass noch etwas geändert wird. Dann müsse am 26. März ein neuer Vertrag beschlossen werden. Der Vertrag sollte verabschiedet und es sollte darauf gedrängt werden, dass der Kreistag diesem Vertrag am 30. März zustimmt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: 113/07/15

Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 7 **VI/111** vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 3
1 Änderungsblatt "Neustrelitzer Straße/Badeweg" – 4. Änderung
hier: Durchführungsvertrag
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 10 Dafürstimmen, 1 Stimmenthaltung
Finanzausschuss: 8 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: 114/07/15

TOP 8 **VI/112** vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 3
1 Änderungsblatt "Neustrelitzer Straße/Badeweg" – 4. Änderung
hier: Satzungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 35 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Beschlussnummer: 115/07/15

TOP 9 **VI/141** Städtebaulicher Rahmenplan Innenstadt 3. Fortschreibung
1 Änderungsblatt hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport: 9 Dafürstimmen

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) stellt fest, dass die für die Stadtvertretung angebotene Veranstaltung zum städtebaulichen Rahmenplan relativ dünn besetzt gewesen sei.
Er regt an, die Öffentlichkeit in Kenntnis zu setzen und schlägt vor, langfristig wirkende Rahmenpläne in einer Dauerausstellung zu zeigen. Es könnten Elemente aus dem Rahmenplan für die Innenstadt auf eine Wand gezogen und neben das Stadtmodell gestellt werden.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: 116/07/15

TOP 10 **VI/148** Bebauungsplan Nr. 24 "Sportpark Lindenberg"
hier: Aufstellungsbeschluss zur Aufhebung
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: 117/07/15

TOP 11 **VI/150** Bebauungsplan Nr. 81 "Am Behördenzentrum"
hier: Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Ratsherr **Blasewitz** (fraktionslos) möchte wissen, was mit den Garagen passiert, die sich auf dem Gelände befinden.

Herr **Walter**, Beigeordneter, informiert, dass der B-Plan Nr. 81 die entsprechenden Rahmenbedingungen für Baurecht für die Zukunft schaffen soll. Da der Aufstellungsbeschluss geändert werden soll, sei damit erst der Start gegeben, daran weiter zu arbeiten. In dieser Phase gebe es keine Festlegungen oder Vorstellungen zu bestimmten Veränderungen im Bestand.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: 118/07/15

TOP 12 **VI/156** Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 46
"Fachmarkt/Friedrich-Schott-Straße"
hier: Einleitungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: 119/07/15

TOP 13 **VI/157** Integriertes Stadtentwicklungskonzept für die Stadt Neubrandenburg
hier: Stadtteilkonzept Datzeberg - Änderung im Teilbereich
Erich-Zastrow-Straße 41, 43
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: 120/07/15

TOP 14 **VI/160** Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 39
"Wohn- und Geschäftshaus am Neuen Tor"
hier: Beschluss zur abschließenden Einstellung des Bauleitplanverfahrens für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 39
"Wohn- und Geschäftshaus am Neuen Tor"
(Einstellungsbeschluss)
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: 121/07/15

TOP 15 **VI/161** Bebauungsplan Nr. 113 "Am Neuen Tor/Turmstraße"
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: 122/07/15

Die Tagesordnungspunkte 16 und 17 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 16 **VI/164** Bebauungsplan Nr. 74.4 "Demminer Straße" (einfacher Bebauungsplan)
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: 123/07/15

TOP 17 **VI/165** Bebauungsplan Nr. 74.4 "Demminer Straße" (einfacher Bebauungsplan)
hier: Satzungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 36 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Beschlussnummer: 124/07/15

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung um 17:15 Uhr geschlossen.

Irina Parlow
Stadtpräsidentin

Doris Gartz
stellvertretende Stadtpräsidentin

Marion Lippold
Protokollantin